

Nach dem ausserordentlichen Parteitag der SPS notiert

Autor(en): **Lienhard, Richard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **45 (1966)**

Heft 11

PDF erstellt am: **20.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-337838>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DR. RICHARD LIENHARD

Nach dem außerordentlichen Parteitag der SPS notiert

Es kann selbstredend nicht meine Aufgabe sein, im folgenden den Verlauf des Kongresses zu schildern. Diese Arbeit hat die sozialdemokratische Tagespresse ihrem Auftrag gemäß bereits geleistet. Beschränken möchte ich mich vielmehr auf einige grundsätzliche Fragen, die sich im Zusammenhang mit Sektionsanträgen stellten und die wegen ihrer Problematik eine eingehendere Betrachtung verdienen. Dabei braucht sich meine Meinung nicht unbedingt mit der parteiamtlichen Auffassung zu decken. Unsere Monatschrift ist nicht das Sprachrohr des Parteivorstandes. Ich gehöre denn auch nicht dem Parteivorstand der SPS an, obwohl ich zu seinen Sitzungen eingeladen werde. Dieser Abstand erleichtert es mir, die eine oder andere Frage aus der Sicht des kritischen Parteimitgliedes zu beurteilen.

Mehr Öffnung auch nach innen

Was mich an den Kongressen der SPS immer wieder aufs neue beeindruckt, das ist die Begegnung mit Gesinnungsfreunden aus den verschiedenen Regionen unseres Landes. Aus diesem Grunde bedaure ich es jeweils um so mehr, daß für die Aussprache über Referate oder Sektionsanträge regelmäßig zu wenig Zeit verbleibt. Das Unbehagen wegen dieser Beschränkung der Diskussionsmöglichkeit war gerade anlässlich des diesjährigen außerordentlichen Parteitages besonders ausgeprägt. Gewiß hat Parteipräsident *F. Grütter* mit Recht die Bedeutung des Referates im Rahmen eines Kongresses unterstrichen. Referate, wie sie an diesem Kongreß gehalten wurden, sind nötig, weil sie die Grundlage einer fruchtbaren Diskussion bilden. Es scheint mir indessen, daß mit vier ausführlichen Referaten der Wagen des Parteikongresses überladen worden ist. Es geht hier um die Frage der Verhältnismäßigkeit. Wo die Referate auf Kosten der Ansprache gehen, wird die demokratische Willensbildung problematisch. Eine echte Diskussion ist nicht möglich, wo der Zwang der Zeitnot besteht. Der einzelne läuft heute ohnehin Gefahr, auch auf der politischen Ebene immer mehr in eine ausgesprochene Konsumentenhaltung gedrängt zu werden. Diese Tendenz wird mit Recht als eine bedenkliche Erscheinung

unserer Zeit gewertet. Um so mehr ist es zu begrüßen, wenn jeweils möglichst viele Delegierte des Parteivolkes die Verpflichtung zur Mitarbeit und Mitverantwortung fühlen und sich nicht scheuen, ihren Beitrag zur demokratischen Willensbildung zu leisten. Gewähre man ihnen inskünftig in vermehrtem Maße diese Chance, und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sich die «Öffnung nach innen» ebenso lohnt wie eine «Öffnung nach außen», welche gerade in Lausanne ihren sinnfälligen Ausdruck in der Zulassung politisch außenstehender Pressevertreter fand. Um so überzeugender wirkt dann auch die ideelle Forderung, daß unsere Partei von unten nach oben zu bauen habe. Dies soll selbstverständlich kein Plädoyer für jene Diskussionsredner sein, die nach einem Wort von Montesquieu den Gehalt der Rede durch die Länge glauben ersetzen zu können. Hier kann die Intervention des Vorsitzenden nicht energisch genug sein.

Die Berücksichtigung der vielseitigen Anregungen aus der Mitgliedschaft als Ausdruck lebendiger geistiger Strömungen trägt wesentlich dazu bei, daß unsere Partei an Anziehungskraft gewinnt. Eine auf wissenschaftlicher Basis durchgeführte Untersuchung hat ergeben, daß in unserem Volke zum Teil ein völlig falsches Image unserer Partei lebt. Nach dem Ergebnis einer Umfrage eines Meinungsforschungsinstitutes ist die Meinung vorherrschend, unsere Partei werde von einer Gruppe älterer und finsterner Parteifunktionäre von oben herab regiert, und das Mitbestimmungsrecht der Mitgliedschaft sei minim. Um so überraschter waren die Pressevertreter bürgerlicher Zeitungen, als sie Gelegenheit fanden, erstmals einen SPS-Parteitag unmittelbar auf sich wirken zu lassen. So kam die «National-Zeitung» in ihrem Kommentar nicht um die Bemerkung herum: «Die Jugend kommt im offenen, demokratischen Gespräch ausgiebig zu Wort. Man verbindet ihr das Maul nicht, sie nimmt aber auch kein Blatt vor den Mund...» Auch die «Solothurner Zeitung», die bis anhin unserer Partei gegenüber eine besonders kritische Stellung einnahm, war ebenfalls überrascht über die «lebhafteste Diskussion, in die schließlich Nationalrat Bringolf sein ganzes Prestige werfen mußte, um das Steuer zugunsten des Entwurfs des Parteivorstandes – bezüglich der Vietnam-Erklärung – herumzuwerfen». Es bleibt deshalb zu wünschen, daß im Interesse unserer innerparteilichen Demokratie dieser Diskussionsmöglichkeit wenn immer möglich mehr Raum gewährt wird. In dem Maße, als in einer Partei eine lebendige geistige Auseinandersetzung möglich ist, schwindet auch die Gefahr innerer Erstarrung.

Die «Parteidisziplin» und was mehr ist als sie

Unter dem Traktandum «Statutenrevision» wurde vom Sprecher der initiativen Kreispartei Zürich 2 Artikel 5, Ziffer 2, des Statutentwurfes als ungenügend bezeichnet. Die betreffende Bestimmung lautet:

«Ein Mitglied, das wissentlich die im Programm, in den Statuten und von Parteitag festgelegten Richtlinien verletzt, das die Parteiinteressen gefährdet oder die ihm obliegenden Pflichten gegenüber der Partei grob vernachlässigt, ist aus der Partei auszuschließen.»

Demgegenüber vertrat die Sektion Zürich 2 gemäß ihrem Antrag die Meinung, es drängte sich eine Differenzierung der genannten Bestimmung auf, indem je nach der «Schwere der Handlungen» verschiedene Sanktionen Platz greifen müßten (vom schriftlichen Verweis über die Abberufung aus einem Parteiamt bis zum Ausschluß aus der Partei).

Mit diesem Antrag wurde im Grunde genommen das Problem der Parteidisziplin zur Diskussion gestellt. Es rechtfertigt sich, kurz auf die grundsätzliche Seite des Problems einzugehen.

Die Forderung nach Parteidisziplin erklärt sich aus der Zeit, da die sozialistische Bewegung den politischen Kampf unter schwersten Bedingungen führen mußte. Damals hing das Überleben der Partei vom möglichst disziplinierten Auftreten der Kampfgenossen ab. Heute, da die Sozialdemokratische Partei als gleichberechtigter Partner anerkannt ist, entfällt auch der tiefere Grund für die Forderung nach rigoröser Parteidisziplin. Es ist denn auch bezeichnend, daß die Statuten Sozialdemokratischer Parteien in der Regel ihre Mitglieder nur an die Grundsätze der Parteiprogramme binden. Demgegenüber pflegen die Kommunistischen Parteien ihre Mitglieder auch der Parteidisziplin zu unterwerfen, einer Disziplin, die allzu häufig auf die Bedürfnisse des Apparates zugeschnitten wird. Wir Sozialdemokraten lehnen diese weitgehende Bindung des Mitgliedes an eine Parteidisziplin ab. Soll und kann sich ein Mitglied einem Willen unterwerfen, an dessen Bildung es nicht beteiligt war? Diese Frage möchte ich verneinen. Ich betrachte es deshalb als verfehlt, die Parteidisziplin direkt oder indirekt in den Statuten zu verankern. Über der Parteidisziplin steht vielmehr die Gewissensfreiheit. Und weil wir Sozialdemokraten das liberale Erbe zu verwalten haben, gilt es auch, sich innerhalb der Partei zu einer uneingeschränkten Meinungsfreiheit zu bekennen. Es wurde kürzlich in unserer Monatsschrift im Zusammenhang mit der Behandlung des Problems «Fraktionsdisziplin» auf die Auffassung von Herman Greulich aufmerksam gemacht. Er hat stets der Partei- und Fraktionsdisziplin die Freiheit des Gewissens gegenübergestellt. Wörtlich erklärte er einmal: «Wir wollen keine Hampelmänner in Bern. Wir müssen Männer dort haben, die ihrer Überzeugung das Wort geben. Und wenn man findet, man habe sich gegen die allgemeine Meinung der Partei vergangen, dann ist vor dem Wahltag zu erklären: Nein, wir stellen dich nicht mehr auf, wir wollen jemanden haben, der unsere Interessen aus vollem Herzen vertritt. Und da hat die Partei das Recht, zu richten . . .»

Es besteht heute innerhalb der Sozialdemokratie kein Anlaß, von dieser Auffassung abzugehen. Die Vermutung spricht vielmehr für eine möglichst weitgehende Freiheit und nicht für Parteidisziplin.

Die Frage der Parteidisziplin stellte sich in jüngster Zeit mit aller Schärfe innerhalb der Labourpartei. Als es im Unterhaus darum ging, über die Ermächtigung der Regierung zum Verbot von Lohn- und Preiserhöhungen abzustimmen, kam es zu einer «Revolte», indem 22 Mitglieder der Labourfraktion sich der Stimme enthielten. Sie beriefen sich zur Rechtfertigung auf die Gesinnungsklausel des Fraktionsstatuts. Wie der auch als Mitarbeiter unserer Zeitschrift bekannte Londoner Korrespondent J. W. Brügel kürzlich in der «Tagwacht» ausgeführt hat, wurde diese Gesinnungsklausel im Verlaufe der Zeit immer liberaler ausgelegt. So konnte denn auch der erwähnte Konflikt in der Labourpartei gelöst werden: durch ein grundsätzliches Bekenntnis zur Gesinnungsklausel, allerdings unter dem Vorbehalt, daß sich innerhalb der Fraktion keine organisierten Gruppen bilden dürften und daß «persönliche Angriffe eines Abgeordneten gegen einen andern in der Presse oder anderswo» untersagt sein sollten.

Im Zusammenhang mit dem eben zitierten Vorbehalt stellt sich die weitere – immer wieder aktuell werdende – Frage, wie weit es einem Parteimitglied gestattet sei, einen Funktionär unseres Parteiapparates oder ein sozialdemokratisches Behördemitglied offen zu kritisieren. Liegt dann, wenn diese Kritik an die Öffentlichkeit dringt, bereits ein Verstoß gegen die Parteidisziplin vor? Ich möchte auch hier für eine möglichst weitgehende Freiheit plädieren unter der an sich selbstverständlichen Voraussetzung, daß die Kritik von der Sache her gerechtfertigt ist und daß die kritischen Äußerungen in würdiger und der Sache angemessener Form vorgetragen werden. Wo im Dienst der Gemeinschaft tätige Parteifunktionäre versagen, dann dürfen sie, ja sollen sie auch vom einfachen Parteimitglied kritisiert werden dürfen, ohne daß es den drohenden Zeigefinger einer Parteiinstanz zu fürchten braucht. Ohne Bedenken unterstreiche ich die Formulierung, die einst Günther Nennung, der bekannte österreichische Sozialist und Herausgeber der hervorragenden Zeitschrift «*Neues Forum*» geprägt hat:

«Meine Loyalität ist unteilbar gegenüber dem Sozialismus. Gegenüber jedem sozialistischen Funktionär ist sie teilbar. Die Teilung ziehe ich nach bestem Wissen und Gewissen am Maßstab meiner unteilbaren Loyalität gegenüber dem Sozialismus.»

Nationalisierung der chemischen und pharmazeutischen Industrie?

Die Sektion Rivera/Bironico hat den Antrag gestellt, es sei von den Parteiinstanzen zu prüfen, ob es zweckmäßig wäre, die obgenannten Industrien zu nationalisieren. Über einen derart unzeitgemäßen Antrag kann

man sich nur wundern. Er wurde denn auch mit überwältigendem Mehr der Delegiertenstimmen abgelehnt. Wenn ich noch einmal auf diesen Antrag zurückkomme, so deshalb, weil das Problem der Verstaatlichung von Produktionsmitteln immer wieder zu irrtümlichen Auffassungen verleitet. So wird gelegentlich argumentiert, der weitgehende Verzicht auf diese Forderung sei ein Indiz dafür, daß die Sozialdemokratie ihren wirtschaftspolitischen Grundsätzen untreu geworden sei.

Eine solch irrige Auffassung ist nur möglich, wo die Gesellschaftskritik an den wirtschaftlichen Verhältnissen des 19. Jahrhunderts orientiert ist. Damals gehörte die Überzeugung von der Wichtigkeit des Staates und der politischen Macht zu den überlieferten Anschauungen. Vorherrschend war die Idee, für die Schaffung einer neuen und gerechteren Gesellschaftsordnung genüge der bloße politische Wechsel. Diese Überzeugung hatte ja die großen bürgerlichen Revolutionen bestimmt. Marx und Engels überwerteten gleich ihren «bürgerlichen» Zeitgenossen die Bedeutung des politischen Wechsels. Nicht zu Unrecht hat deshalb Erich *Fromm* in seinem Werk «Der moderne Mensch und seine Zukunft» die kühne Feststellung gewagt, daß Marx und Engels in diesen Punkten «bourgeoiser» dachten als etwa die Sozialisten Owen, Proudhon und Bakunin. Daraus ergab sich die verhängnisvolle Überwertung politischer und wirtschaftlicher Maßnahmen. Dies gilt gerade in bezug auf die Forderung nach Verstaatlichung der Produktionsmittel. Fromm ist zuzustimmen, wenn er in dem genannten Werk ausführte: «Er – Marx – war merkwürdig unrealistisch in bezug auf die Tatsache, daß es für die Persönlichkeit des Arbeiters wenig Unterschied macht, ob das Unternehmen ‚dem Volk‘ – dem Staat – einer Regierungsbürokratie oder einer von den Aktionären angestellten privaten Bürokratie gehört. Ganz im Gegensatz zu seinem eigenen theoretischen Denken sah er nicht, daß die tatsächlichen, realistischen Arbeitsbedingungen, die Beziehung des Arbeiters zu seiner Arbeit, zu seinen Arbeitskameraden und den leitenden Personen das sind, worauf es ankommt.»

Um ein Beispiel anzuführen: Als nach dem Krieg in England gewisse Industrien sozialisiert wurden, mußten die Arbeiter bald genug feststellen, daß es wenig Unterschied macht, wer den Leiter eines Unternehmens anstellt, solange ihre tatsächliche Rolle im Arbeitsprozeß die gleiche bleibt.

Auf die Änderung des Eigentumstitels kommt es somit nicht an. Es ist auch ein Irrtum, zu glauben, privates Eigentum am Kapital sei an sich schon böse. Gewiß kann Privateigentum eine Macht darstellen, die sich mißbrauchen läßt; aber auch die Macht des Eigentums in den Händen des Staates kann gefährlich werden. Wesentlich scheint mir, daß das Eigentum heute nicht mehr ein einziges unteilbares Recht verkörpert. Die Eigentums-

rechte gelten längst nicht mehr als unwandelbar. Man kann sie in dem Maß ändern, wie es die Gesellschaft wünscht. Immer mehr werden denn auch diese Eigentumsrechte beschnitten, sei es durch die Tätigkeit der Gewerkschaften oder durch die Gesetzgebung. Hier, bei der Einschränkung der Eigentumsrechte, bei der Abschaffung gesellschaftlicher Privilegien muß die sozialdemokratische Politik einsetzen, wenn sie ihr Ziel erreichen will: gerechte Verteilung des Sozialproduktes auf alle Gruppen des Volkes.

Wagnis der Öffnung auch gegenüber Nonkonformisten?

Die in den «Jungbrunnen der Opposition» gestiegene Sektion Zürich 2 hat unter dem Titel «Sektionsanträge», Organisation und Propaganda, dem dringenden Wunsch Ausdruck gegeben, es möge die Partei auch gegenüber der «Kritik aus Kreisen der jungen Generation und der Intellektuellen an den herrschenden nationalen und internationalen Zuständen» offen sein. Fallen gelassen wurde – sicherlich zu Recht – insbesondere auf Empfehlung von Walther Bringolf der Passus, welcher sich mit der Stellungnahme von Professor Marbach in bestimmten Fragen der Militär- und der Außenpolitik befaßt. Im übrigen wurde der betreffende Antrag von Zürich 2 angenommen, nachdem er von Walther Bringolf mit überzeugender Begründung unterstützt worden war. Die vom Schaffhauser Stadtpräsidenten vertretene Auffassung deckt sich weitgehend mit den Ausführungen, die der ehemalige österreichische Justizminister Christian Broda kürzlich in der sozialistischen Zeitschrift «Die Zukunft» unter dem Titel «Die Partei in der Opposition» machte. Broda geht davon aus, daß heute der Hang zum Konformismus unverkennbar sei. Dies entspreche dem für die Konsumgesellschaft bezeichnenden Zug zur Bequemlichkeit und zum geistigen «Disengagement». Deshalb sei die Partei, die schlagkräftig bleiben wolle, auf den Einfluß eines fruchtbaren Nonkonformismus angewiesen: «Je stärker der Nonkonformismus in einer Partei Wurzeln schlagen kann, desto stärker wird die Partei selbst werden.» Broda ist auf Grund seiner reichen Erfahrung in Amt und Partei zu der sicherlich allgemein gültigen Einsicht gelangt, daß eine moderne Partei gegenüber den Wandlungen in der Gesellschaft aufgeschlossen sein müsse sowie sie selbstkritisch ihre eigene Entwicklung zu verfolgen habe:

«Aufgeschlossenheit ist auch selbstverständliche Bereitschaft zum politischen Gespräch mit den Nichtsozialisten ohne Verleugnung des eigenen Standpunktes.»

Wenn hier vom Wagnis der Öffnung auch gegenüber Nonkonformisten im Sinne des Sektionsantrages Zürich 2 die Rede ist, so geht es keineswegs nur um eine schöngeistige Formulierung. Kein Geringerer als der bekannte

deutsche Sozialdemokrat Waldemar von Knöringen, Mitglied des Parteivorstandes der SPD und ehemaliger Parteivorsitzender der SPD Bayern, hat jüngst in der Zeitschrift «*Neues Forum*» darauf hingewiesen, daß die kritische Diskussion über neue Formen und Inhalte unserer sozialen und politischen Ordnung über die sozialdemokratische Bewegung hinauswachsen:

«Dem Beobachter kann nicht entgehen, daß sich außerhalb der Politik geistige Strömungen bilden, die in ihrem Denkansatz und in der Anwendung sozialetischer Prinzipien auf unsere gegenwärtige Sozialordnung viel radikaler vorgehen, viel konsequenter, ja man möchte sagen: viel sozialistischer als die sozialdemokratischen Reformer.»

Deshalb ist die Sozialdemokratische Partei auch hierzulande gut beraten, wenn sie die Anregungen von außerhalb der Partei sich bildenden geistigen Strömungen ernsthaft prüft. Es drängt sich diese Notwendigkeit um so mehr auf, als die Vertreter unserer Partei in der Regel durch die Tagespolitik überlastet sind. Wer von ihnen findet heute noch Zeit, sich um eine gesellschaftspolitische Konzeption zu bemühen? Darum ist unsere Partei auf die Mitarbeit der Intellektuellen dringend angewiesen, auch wenn sie sich einem fruchtbaren Nonkonformismus verpflichtet fühlen. (Daß es auch einen unfruchtbaren und für unsere Partei uninteressanten Nonkonformismus gibt, braucht hier nicht näher ausgeführt zu werden.) Wohl wird einem von seiten der Tagespolitiker etwa entgegengehalten, angesichts der Entideologisierung und der Versachlichung der Politik bleibe in der modernen Industriegesellschaft für politische Alternativen wenig Raum. Waldemar von Knöringen hat aber diesen Einwand überzeugend widerlegt, indem er in der vorgenannten Zeitschrift ausführte, daß gerade in der sich entwickelnden Industriekultur die bewußte politische Steuerung gesellschaftlicher Prozesse möglich geworden ist und daß dazu die klare, auf höchster Informiertheit und theoretischer Einsicht beruhende Willensbildung und Willensentscheidung erforderlich ist.